

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1883

73 (28.3.1883)

Beilage zu Nr. 73 der Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 28. März 1883.

Badische Chronik.

Schw. Karlsruhe, 20. März. (Sitzung des Bürgerausschusses. Fortsetzung.) Voranschlag der Krankenversicherungs-Kasse. Berichterstatter, Stadtverordn. L. Schwindt, weist darauf hin, daß die von der Organisationsänderung der Anstalt erwartete Vermehrung der Einnahmen nicht eingetroffen sei, indem im Vorjahre 4000 M. an Beiträgen weniger eingegangen seien, als nach dem Voranschlag angenommen waren. Bürgermeister Schlegel glaubt, daß die verminderten Einnahmen wohl daher rühren, daß immer noch eine größere Anzahl Personal bei der Krankenversicherungs-Anstalt nicht angemeldet sei; seitens des Stadtraths sei die Erlassung einer ortspolizeilichen Vorschrift beantragt worden, wonach die Nichtanmeldung von Dienst- oder Arbeitspersonal zur Krankenversicherungs-Anstalt unter Strafe gestellt werden solle; es werde hierüber mit der Großh. Staatsbehörde noch verhandelt. Stadtverordneter L. Schwindt empfiehlt dringend, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die bemerkte Vorschrift erlassen werde, indem der feierliche Zustand unheilbar geworden sei. Stadtverordn. F. Schmidt wünscht, daß für jeden zur Krankenversicherung Verpflichteten eine besondere Karte ausgestellt würde und nicht wie es bisher geschehe, für sämtliches Personal einer Dienstherrenschaft oder eines Arbeitgebers nur eine Karte; auch in der Art der Anmeldung seien Mängel vorhanden, denen abgeholfen werden sollte. Bürgermeister Schlegel bemerkt, daß die Mängel durch Ausstellung von besonderen Karten für jeden einzelnen Pflichtigen nicht gehoben würden, sondern nur, wenn eine Frist zur Anmeldung zur Kasse bewilligt werde. Das Bestreben werde darauf gerichtet sein, die vorhandenen Mängel thunlichst zu beseitigen. Der Voranschlag wird genehmigt.

Voranschlag der Wasserleitungs-Betriebs-Kasse. Seitens des Berichterstatters, Stadtverordn. Schüssle, wird namens der Prüfungskommission der Wunsch ausgesprochen, es wolle bei Aufstellung des Voranschlags für das Jahr 1884 aus den Erträgen des Wasserwerks die Anlage eines entsprechenden Reservefonds vorgesehen werden. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Lauter, beantragt namens des Stadtraths, nachträglich eine Summe von 3000 M. in den Voranschlag einzustellen, welche dazu dienen soll, Hauseigentümern von nicht vermieteten Wohnungen einen entsprechenden Nachlaß des Wasserzinses zu gewähren. Stadtverordn. Lang fragt, ob die Wassermeister derart zuverlässig seien, daß sich deren allgemeine Einführung empfehle, was von Stadtrath V. Lesefeld verneint wird. Hierauf wird der Voranschlag mit Einstellung genannter 3000 M. genehmigt.

Der Voranschlag der Gaswerks-Kasse wird vom Stadtverordn. L. Schwindt namens der Prüfungskommission mit dem Antrag zur Genehmigung empfohlen, den Stadtrath zu ersuchen, vom Jahre 1884 ab die Zinsen des Gaswerks-Reservefonds denselben jeweils zuzuschlagen. Der Voranschlag wird demgemäß genehmigt.

Voranschlag der Stadtgarten-Kasse. Berichterstatter, Stadtverordn. Krümer, beantragt namens der Prüfungskommission die Genehmigung des Voranschlags mit dem Wunsche, der Stadtrath wolle für Vermietung des kleinen Festsaales eine Minimalmiete von 50 Mark festsetzen, sowie auf Erhöhung des Eintrittsgeldes für Maskenbälle Bedacht nehmen. Ferner wird beantragt, für Tagelöhne statt geforderter 2000 M. nur 1800 M. zu bewilligen. Der Vorsitzende erklärt, daß der Stadtrath die ausgesprochenen Wünsche bestmöglichst zu berücksichtigen suchen werde; bei der Mietfestsetzung für den kleinen Saal behalte sich der Stadtrath aber vor, bezüglich der Gesellschaften, gegen welche die Stadt Verpflichtungen habe, so namentlich den Gesangsvereinen gegenüber, das feierliche Verfahren zu belassen. Stadtverordn. Schmidt erklärt sich mit den beantragten Erhöhungen einverstanden, des Weiteren hätte er aber gewünscht, daß der Restaurateur der Festhalle, der eine feste Pachtsumme von nur 1600 M. bezahle, nicht auch noch als Hausmeister eine Vergütung von 600 M. erhalte. Der Vorsitzende bemerkt, daß in diesen Beziehungen nur eine Veränderung nach Beendigung des jetzt bestehenden Pachtverhältnisses eintreten könne. Der Voranschlag wird unter Berücksichtigung der von der Prüfungskommission gestellten Anträge genehmigt.

Zum Voranschlag der Verbrauchsteuer-Kasse, Berichterstatter Stadtverordn. Verlan, wird namens der Prüfungskommission beantragt, den vorgesehene Gehalt für einen zweiten Verbrauchsteuer-Kontrollleur zu streichen. Bürgermeister Schlegel verteidigt diese Position unter Hinweis auf die vielfach vorkommenden Unterlassungen. Für die Anstellung sprechen noch Stadtverordn. Glodner, G. H. Melcher, Schreyer, Lauter, Oberbürgermeister Lauter und Stadtrath Lechtlin, während die Stadtverordneten Krümer, Schneider und Verlan den Antrag der Prüfungskommission vertreten. Nachdem die Nothwendigkeit der Beschäftigung der Kontrollmaße wiederholt dargelegt wurde, zieht die Prüfungskommission ihren Antrag auf Streich der Position zurück und erklärt sich mit der versuchsweisen Anstellung eines weiteren Kontrolleurs einverstanden. Schließlich wird der Voranschlag nach dem aufgestellten Entwurfe mit dem Wunsche genehmigt, der Stadtrath wolle im nächsten Voranschlag Vorschläge machen, welche auf eine erhebliche Minderung der Verwaltungskosten für die Mehlhölle abzielen. In Verbindung mit dem Voranschlag der Gewerbesteuer-Kasse kam der Entwurf von Satzungen der Gewerbesteuer zur Beratung, welcher ohne Besprechung einstimmig gutgeheißen wurde. Ebenso wurden in Verbindung mit dem Verbrauchsteuer-Voranschlag die Anträge des Stadtraths auf Aufhebung der Mehlhölle, sowie auf Abänderung einiger Bestimmungen der Verbrauchsteuer-Ordnung beraten. Der letztere Antrag wurde einstimmig genehmigt. Von den neuen Bestimmungen der Verbrauchsteuer-Ordnung sei hier nur noch hervorzuheben, daß die Frist zur Anforderung von Rückvergütungen bei Ausfuhr von Gegenständen auf dem Wege des Handels von 4 Wochen auf 6 Wochen nach der Ausfuhr erstreckt wird. Der Antrag auf Aufhebung der Mehlhölle wird von Bürgermeister Schlegel hauptsächlich damit begründet, daß diese städtische Anstalt einem Bedürfnisse nicht mehr entspreche und der Stadt ziemlich Kosten verursache (2000 M. jährlich); auch würde ein Theil der Räumlichkeiten zu anderen Zwecken gebraucht werden. Damit eine Mehlhölle auch factisch noch bestehen könne, sei beabsichtigt, die Hälfte des bisherigen Raumes an die Bäckerzunft zu verpachten, welche ihrerseits das Institut auf eigene Rechnung weiter zu führen bereit sei. Namens des Vorstandes der Stadtverordneten beantragt der Stadtverordneter Krümer, den Antrag des Stadtraths abzulehnen, da

diese Gemeindeanstalt ein nützliches Institut sei und schon segensreich den öffentlichen Interessen gebietende habe. Bei gestörtem Verkehr, z. B. in Kriegsjahren, wäre das Vorhandensein einer Mehlhölle von ganz besonderem Nutzen für die Stadt. Es würden ständig etwa 1200 Säcke Mehl (mehr könnten nicht untergebracht werden) in der Halle gelagert, auch sei Gelegenheit gegeben, Mehl, welches in ganzen Wagenladungen hierher gesendet werde, ohne verkauft zu sein, in der Mehlhölle gegen billiges Lagergeld aufzustellen; andererseits werde auch eine sorgfältige Kontrolle der Mehlfuhr bezüglich der Entrichtung der Verbrauchssteuer ermöglicht. Der Aufwand für die Mehlhölle ließe sich durch eine Aenderung in der Verwaltungsorganisation noch mindern. So gut wegen des Fleisches für Schlachthäuser und Viehhöfe gefordert werde, so sei auch eine Fürsorge für das zweitnächst wichtigste Lebensmittel, das Mehl, erforderlich. Eine Einrichtung, welche den öffentlichen Interessen zu dienen habe, könne nicht, wie vorgeschlagen, in Privat Hände übergehen. Stadtverordn. Lang ist mit den Ausführungen des Verordneters vollständig einverstanden und glaubt, daß bei eintretenden Verkehrsstörungen das Nichtvorhandensein einer Mehlhölle die vorgeschlagene Sparsamkeit unter Umständen theuer zu stehen kommen könnte. Bürgermeister Schlegel führt auf die Ausführungen des Stadtraths Krümer an, daß wenn die Mehlhölle den geschätzten Nutzen hätte, so könnte der jährliche für dieselbe erforderliche Aufwand von 2000 M. nicht in Betracht kommen, es sei dem jedoch nicht so. Von allem eingeführten Mehl würden nur 10 Prozent in die Mehlhölle gebracht, alles andere käme direkt in die Hände der Bäcker oder Händler.

Nach Aufhebung der Mehlhölle könnten von Verkäufern wie bisher so auch künftig ganze Wagenladungen Mehl hierher gebracht werden, es würde eben dann in der Mehlhölle der Verordneter gelagert werden. Auch in Betreff der Kontrolle bezüglich der Verbrauchssteuer sei die Halle keine Nothwendigkeit, das Mehl werde bei der Einfuhr an der Erheberstelle angemeldet und nur der Anmeldechein werde der Mehlhölle mitgegeben, worauf sodann der Verwalter die Verbrauchssteuer einziehe. Wenn die Mehlhölle aufgehoben würde, so sei deswegen nicht weniger Mehl hier vorhanden; dasselbe sei dann nur an anderen Orten gelagert; es sei daher ein Irrthum, wenn glaube, die Mehlhölle sei nöthig, damit Vorräthe für den Fall von Hungernoth u. s. w. angeammelt werden können. Von allen Städten der Städteordnung besäßen nur zwei Mehlhöhlen, die übrigen hätten nie welche besessen oder dieselben wieder aufgehoben. (Fortf. folgt.)

s. Baden, 24. März. Die ordentliche Kreisversammlung des Kreises Baden wurde am 16. d. M. im Rathhause-Saal hier durch den Groß. Kreispräsidenten Frhrn. v. Göler eröffnet; von 34 Abgeordneten waren 20 erschienen.

Vor. 1. der Tagesordnung. Wahl des Bureau's. Auf Vorschlag des Abgeordneten Lender wird das letztjährige Bureau durch Klamation wieder gewählt, und zwar als Vorsitzender: Dr. Oberbürgermeister G. S. hier, als Stellvertreter Hr. Bürgermeister Abel von Germsbach und als Sekretäre die Herren Vereinernehmer Jahn von Kofstall und Müller Bernar von Kuppenheim. Hr. Oberbürgermeister G. S. übernahm hierauf den Vorsitz und gedachte zunächst in ehrender Weise des inzwischen verstorbenen Kreispräsidenten v. Rittschel. Hr. Kreisnotar Göhn in Achern.

Vor. 2. Bericht der Rechnungsprüfungs-Kommission, erstattet vom Abg. Jahn. Der Antrag auf Genehmigung des Bescheidentwurfes und Dechargeerteilung des Rechners wird mit kurzer Debatte einstimmig genehmigt.

Vor. 4. Die Landarmen-Pflege des Berichterstatters Wolff; der Antrag die Ueberschreitung von 2273 71 M. zu genehmigen und in den Voranschlag für 1883 in Einnahme 9475.18 M. und in Ausgabe 20,000 M. einzustellen, wird einstimmig genehmigt; nach dem Bericht ist mit dem Verwaltungshof für die Jahre 1879-81 vollständig abgerechnet. Abg. Lender spricht dem Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses Dank und Anerkennung aus für die ausgezeichnete Besorgung dieses wichtigen Theils der Kreisgeschäfte.

Vor. 5. Die Ausbildung von Industriehilfsleuten. Berichterstatter Wolff, Antrag auf Einstellung von 1800 M. wird einstimmig angenommen. Abg. Lender setzt voraus, daß der Kreis nur so lange diese Mittel gewähre, bis sämtliche Gemeinden des Kreises mit Industriehilfsleuten versehen seien.

Vor. 6. Forderung der Rindviehzucht betr. Berichterstatter Seyfarth begründet und empfiehlt den Antrag des Kreis-Ausschusses: „die Kreisversammlung wolle in den Voranschlag für 1883 wieder 1500 M. einstellen und den Kreis-Ausschuß ermächtigen, das in der Sache Nöthige anzuordnen“.

Der Kreis-Ausschuß geht dabei von der Ansicht aus, daß von Abhaltung der Farnenmärkte im Kreise abzusehen und der Ankauf der nöthigen Tiere in Zukunft durch eine Kommission auf größeren Farnenmärkten zu geschehen habe. Es knüpfte sich hieran eine sehr lebhaft und lange Diskussion, bei der sich die Abgeordneten Mellerio, Walter, Jahn, Lender, Grau, Vitz und Bernar beteiligten. Letzterer stellte den Antrag auf Beschickung der Kreis-Farnenmärkte, unterlag aber mit allen gegen 7 Stimmen; der Antrag des Kreis-Ausschusses gelangte hierauf einstimmig zur Annahme.

Vor. 7. Verpflegung armer Augenkranker. Berichterstatter Reichert; derselbe lobte die Einrichtung der Hofrath Dr. Maier'schen Augenklinik in Karlsruhe und die Verpflegung daselbst, glaubte aber doch den Gedanken anregen zu sollen, ob nicht der Kreis-Ausschuß wegen Verlegung der Klinik nach Baden, das — weil Mitte im Kreise — günstiger gelegen sei, geeignete Unterhandlungen anknüpfen sollte. Der Antrag des Kreis-Ausschusses auf Verlängerung des Vertrages mit Hrn. Dr. Maier auf ein weiteres Jahr und auf Einstellung von 1500 M. wird einstimmig genehmigt.

Vor. 8. Die landwirtschaftliche Kreis-Winterschule Bühl betr. Berichterstatter Reichert. Der Ausgabeposten Ziff. 6 „Stipendien und Prämien“ mit 700 M. gibt zu längeren Auseinandersetzungen Anlaß, der Berichterstatter möchte die Prämie nach Verdienst, d. h. nach Fleiß, Leistungen u. vertheilt wissen und nicht, wie es bisher geschehen, gleichheitlich unter alle Schüler.

Abg. Jahn erwidert, daß die Kreisversammlung selber früher diese Prämie und den Vertheilungsmodus eingeführt hat, um mehr Schüler der Schule zu gewinnen, was geschehe, wenn die Eltern durch Beitragsleistungen des Kreises in ihrer Ausgabe erleichtert würden. Abg. Lender spricht sich im nämlichen Sinne

aus und glaubt, daß es nöthig gewesen sei, solche Unterstützungsprämien einzuführen, da ohne dieselben schwerlich die Schule den jetzigen günstigen Stand erreicht hätte.

Der Antrag des Kreis-Ausschusses, „für die Kreis-Winterschule Bühl pro 1883 die Summe von 2231 M. einzustellen“, wurde hierauf einstimmig genehmigt.

Vor. 9. Die Kreis-Pflegeanstalt H. u. b. betr. Berichterstatter Wolff theilt mit, daß die Kreisversammlung Karlsruhe mehrere Abänderungen bezw. Striche vorgenommen hat, die er gar nicht für zweckmäßig halte. Als Einnahme aus Beschäftigung der Pflelinge hat sie statt 17,000 M. 20,000 M. angenommen, unter § 4 der Ausgaben „Grundstücke und Gebäude“ hat sie 3000 M. für Erbauung weiterer Schweinfälle gestrichen, ebenso wurden bei dem Aufwand für Gehalte 1800 M. abgesetzt (darunter 600 M. für einen Buchhalter), endlich sind für die Einrichtung der neuen Baracken statt 4266 M. nur 2000 M. angenommen.

Abg. Jahn bemerkt, daß so lange die Kreisversammlung Baden nach jener von Karlsruhe tage, die erstere immer in der schlimmen Lage sei, den Abstreichungen zustimmen zu müssen, da eine Auseinandersetzung zwischen beiden Kreisversammlungen nicht mehr möglich sei.

In der Spezialdiskussion rühmen die Abg. Lender und Reichert das Bestreben des Anstaltsdirektors, die Pflelinge energisch zur Arbeit zu ermuntern und anzuhalten, und ist Lender noch für weitere Förderung und Ausdehnung des gewerblichen Betriebs; gegen den Strich von 3600 M. für die Verneuerung der Schweinfälle sprechen noch Bernar, Grau, Jahn, Wolff, Mellerio und Lender, letzterer stellt den Antrag, trotz des Striches durch die Karlsruher Kreisversammlung, dennoch fragliche 3600 M. für Schweinfälle in den Voranschlag einzusetzen, um damit zu zeigen, daß die Kreisversammlung Baden den Strich nicht für gerechtfertigt hält. Auf Vorschlag des Herrn Landeskommissärs wird jedoch statt dieses Antrages beschlossen, in das Protokoll ausdrücklich aufzunehmen, daß die Kreisversammlung den Strich bedauere und daß der Betrag in den nächsten Voranschlag wieder eingestellt werde.

Die vorgelegten Abrechnungen, sowie der Beitrag des Kreises Baden für die Jub pro 1883 mit 15,600 M. wurde hierauf einstimmig genehmigt.

Vor. 10. Beratung verschiedener Vorlagen. Berichterstatter V. L. Der Antrag:

- 1) „zum Umbau der Brücke über die Achereich an der Landstraße die Zustimmung zu vertheilen“;
- 2) „ebenso dem Umbau der Murgbrücke bei Hilbertsau zuzustimmen“ wurde einstimmig angenommen;
- 3) die Bitte der Gemeinde Dos um Gewährung eines Beitrags zu den Kosten der Instandhaltung des Doskanals Kanals (Berichterstatter Reichert) wurde mit allen gegen 9 Stimmen abgewiesen;
- 4) der Bitte der Gemeinde Söllingen um Gewährung eines Beitrages für Einrichtung einer Korbflötherei wurde einstimmig entsprochen und wurden die vom Kreis-Ausschuß vorgeschlagenen 400 M. genehmigt; für den Antrag sprachen warm die Abgeordneten Jahn, Berger und Lender, dagegen niemand.

Weitere Gesuche der Gemeinde Aue a. Rh., Oberstroth und Niederbühl um Unterstützung wegen Wasserschaden konnten, weil verspätet eingetroffen, nicht mehr zur Beratung gelangen.

Vor. 11. Voranschlag für 1883. Berichterstatter Wolff: einstimmig genehmigt.

Einnahmen 27,054 M. 41 Pf., Ausgaben 109,425 M. 23 Pf., durch Umlagen zu decken 82,370 M. 82 Pf. Dies ergibt auf 1000 M. Steuerkapital eine Umlage von 33 Pf.

Schließlich wurden auf Vorschlag des Abg. Lender durch Klamation gewählt:

- 1) als Kreis-Ausschuß: Erschmann Dr. Bankier Huber von Achern;
- 2) als Aufsichtsräthe in die Kreis-Winterschule Bühl: a. Hr. K. Mellerio in Baden, b. Hr. Bürgermeister Griedmann von Simsbuch, c. Hr. Bankier Huber in Achern.

Vom Dächertische.

Mit einem Novellenfragment „Ingenieur oder die Chlophenbäuerin“ aus dem literarischen Nachlaß Berthold Auerbach's wird das April-Fest von „Westermann's Illustrierten Deutschen Monatsheften“ eröffnet. Dem poetischen Kleinod folgt eine nicht minder bedeutende novellistische Gabe, eine neue Novelle von Paul Heyse: „Alno und Mase“. Levin Schücking gibt den Beginn einer neuen Abtheilung seiner interessanten „Lebenserinnerungen“. Es folgen die Abhandlung über die „Kalterthäler im Mai“ von Wilhelm v. Bezold, die Biographie Anton v. Werner's von Friedrich Pecht und die Betrachtungen des Freiherrn v. d. Goltz über „Kriegsgeschichte und Kriegserfahrung“. Ferner sind noch die Aufsätze von Karl v. Vincenti über die „Slavenfrage“ — „Die Himmelsflöhe im Sudan“ — und von August Vogel über „Blumenfarben“ lesenswerth.

„Chemische Unterrichtsbriefe für das Selbststudium Erwachsener.“ Mit besonderer Berücksichtigung der neuesten Fortschritte der Chemie und unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner und Gelehrten herausgegeben von Herrn Krüger. (Verlag von Leopold u. W. in Leipzig.) Der vorliegende 1. Brief (Preis 1 Mark) geht nach einer kurzen Einleitung über den Werth des Studiums der Chemie und einem Abriss der Geschichte derselben sofort zu praktischen Studien über und wird dem Lesenden um so nützlicher sein, als er von vornherein zu lehrreichen chemischen Experimenten gelangt, die ihm die Theorie verstehen helfen und für das Studium helfen. Die Sprache ist eine angenehme und der Gang des Unterrichts eben so verständlich als einfach.

Jahressupplement zu Meyer's Konversationslexikon 1882 bis 1883 (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig). Die erschienenen weiteren Hefte (Lieferung 3-6) entsprechen in vollem Maß den Erwartungen, die man an den neuen Jahrgang des so rasch und allgemeiner Anerkennung gelangten „Jahrbuchs“ zu stellen berechtigt war. Kein Gebiet, von dem irgend ein Fortschritt zu berichten, sehen wir überangen, um den Leser mit ebensoviel Umficht wie Takt in einer Fülle von Material über die Bewegung der Gegenwart auf dem Laufenden zu erhalten. Auf die Menge neuer biographischer Mittheilungen muß wiederholt aufmerksam gemacht werden. Die Beilagen: „Karte der Australischen Inseln“ und „Moderne Berliner Bauten“ (in Stahlstich) sind werthvolle Kunstblätter.

